

Die Zwangsarbeitsverordnung

Stimmen aus dem Globalen Süden zur EU-Handelspolitik

Kobaltmine in der Demokratischen Republik Kongo. Foto: International Institute for Environment and Development / Flickr

Was ist die Zwangsarbeitsverordnung?

Die Zwangsarbeitsverordnung der EU ist im Dezember 2024 in Kraft getreten und verbietet ab Dezember 2027 Produkte auf dem europäischen Binnenmarkt, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden. Dies betrifft sowohl Waren aus der EU als auch aus Drittstaaten. Den Nachweis, ob ein Produkt aus Zwangsarbeit stammt, müssen die EU-Mitgliedsstaaten und – im Fall von Drittstaaten – die Europäische Kommission erbringen. Um nationale Behörden und Unternehmen zu unterstützen, baut die Kommission u.a. eine Datenbank über Zwangsarbeitsrisiken in globalen Lieferketten auf.¹

Wie verbreitet ist Zwangsarbeit?

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sind weltweit 27,6 Millionen Menschen von Zwangsarbeit betroffen. Sie arbeiten in verschiedenen Branchen, darunter in der Landwirtschaft, im Bergbau, in Werkstätten und im Handel. Der Großteil der Betroffenen wird in Asien ausgebeutet, gefolgt von Europa und Afrika. Die illegalen Gewinne, die mit Zwangsarbeit erzielt werden, schätzt die IAO auf jährlich 236 Milliarden US-Dollar, d.h. fast 10.000 US-Dollar pro Opfer.²

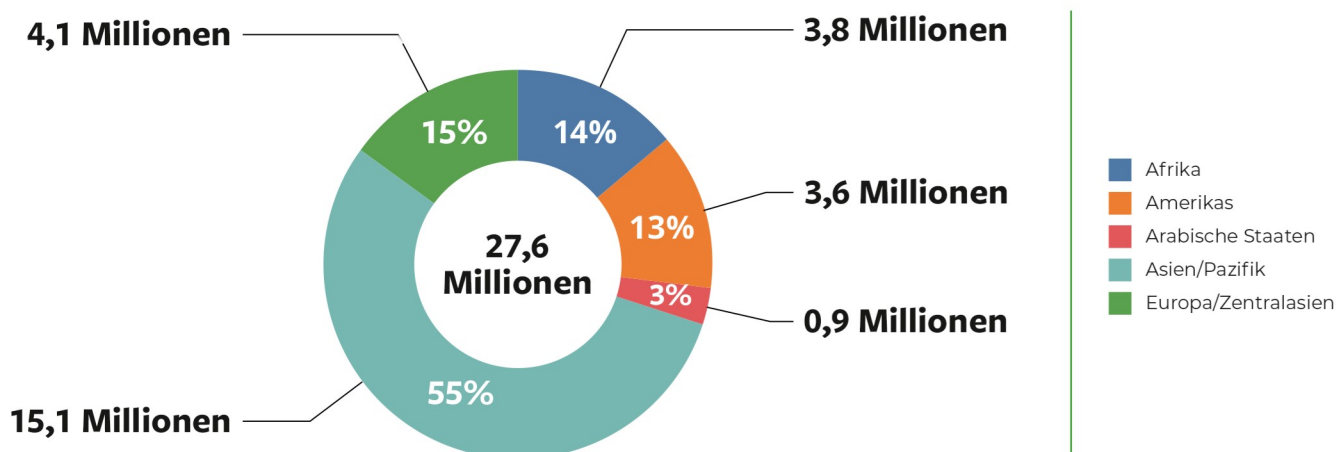
Ursula Campos França Cohim Mauro, Anwältin für Arbeitsrecht in Brasilien

„In Brasilien, wo bereits Maßnahmen gegen Zwangsarbeit bestehen, kann die europäische Verordnung diese Bemühungen verstärken und verantwortungsvollere und transparentere Lieferketten fördern. Es ist dafür von entscheidender Bedeutung, dass brasilianische Unternehmen die rechtlichen Anforderungen dieser neuen Gesetzgebung verstehen. Sie müssen in ihrer gesamten Zulieferkette eine Sorgfaltspflicht walten lassen, um die Einhaltung der Menschenrechte sicherzustellen.“

„Neben der Einhaltung der Gesetze sind auch das Risikomanagement und der Schutz der Unternehmensreputation von entscheidender Bedeutung. Vorfälle von Zwangsarbeit können den Ruf eines Unternehmens schwer schädigen und sich negativ auf dessen Geschäftstätigkeit und Finanzlage auswirken.“⁴

Zahl der Menschen in Zwangsarbeit nach Regionen

Quelle: International Labor Organization³





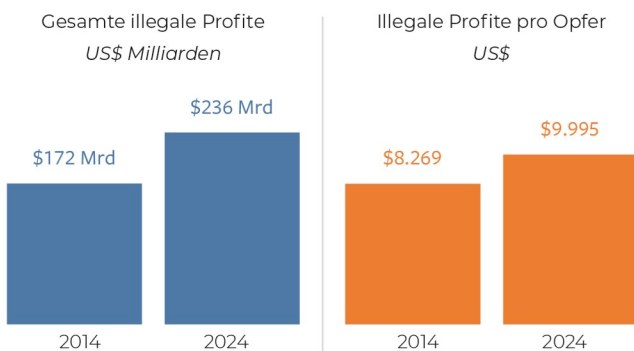
Zuckerrohrernte in Indien.
Foto: sarangib (Bishnu Sarangi) / Pixabay

Schwachstellen der Zwangsarbeitsverordnung

Wenngleich zivilgesellschaftliche Organisationen die Zwangsarbeitsverordnung als einen wichtigen Fortschritt betrachten, identifizieren sie dennoch einige Schwächen. So sieht sie keine verpflichtenden Abhilfemaßnahmen vor, um das Verbot einer aus Zwangsarbeit stammenden Ware auf dem Binnenmarkt wieder aufzuheben. Auch differenziert sie nicht zwischen verschiedenen Kontexten, etwa im Fall staatlich angeordneter Zwangsarbeit. In solchen Situationen gibt es für Abnehmer mitunter nur die Möglichkeit, die Geschäftsbeziehungen zu beenden. Nicht zuletzt definiert die Verordnung nicht, welche Interessengruppen die Europäische Kommission bei ihren Untersuchungen der Zwangsarbeitsrisiken einbeziehen soll. Damit besteht das Risiko, dass Betroffene und ihre Vertretungen nicht oder nicht ausreichend eingebunden werden.⁵

Illegale Profite aus Zwangsarbeit

Quelle: *International Labor Organization*⁶



Zumretay Arkin, Direktor für globale Advocacy des World Uyghur Congress

„Die Zustimmung zu der Verordnung ist positiv, denn sie verpflichtet Unternehmen dazu, Zwangsarbeit in ihren Lieferketten zu bekämpfen. Allerdings hat die EU eine entscheidende Gelegenheit verpasst, sich auf ein Instrument zu einigen, mit dem Zwangsarbeit auch dann sinnvoll bekämpft werden kann, wenn die Regierung der Täter ist, wie beispielsweise in der uigurischen Region in China. Wir begrüßen diesen Meilenstein, betonen jedoch, dass alle damit verbundenen Leitlinien so gestaltet werden müssen, dass die Verordnung solche Produkte wirksam verbieten kann, die unter staatlich verordneter Zwangsarbeit hergestellt wurden.“⁷

Chandan Kumar, Nationaler Koordinator der Working Peoples’ Charter in Indien

Chandan Kumar richtete einen eindringlichen Appell an die politischen Entscheidungsträger auf EU-Ebene: Die geplante Datenbank im Rahmen der EU-Verordnung über Zwangsarbeit muss die Realität vor Ort korrekt widerspiegeln. Anstelle leerer Versprechungen sind mehr Unterstützung und Solidarität mit den Arbeitnehmer*innen im Globalen Süden erforderlich. Die Menschenrechte dürfen nicht länger hinter den Interessen der Unternehmen zurückstehen.⁸

1 <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/Europa/EU-Zwangsarbeitsverordnung/eu-zwangsarbeitsverordnung.html>
 2 https://www.ilo.org/sites/default/files/2024-10/Profits%20and%20poverty%20-%20The%20economics%20of%20forced%20labour_WEB_20241017.pdf
 3 https://www.ilo.org/sites/default/files/2024-10/Profits%20and%20poverty%20-%20The%20economics%20of%20forced%20labour_WEB_20241017.pdf
 4 <https://exame.com/bussola/ursula-mauro-a-diretiva-da-ue-sobre-trabalho-forcado-e-os-desafios-para-as-empresas-brasileiras/>
 5 https://www.ecchr.eu/fileadmin/Publikationen/ECCHR_FLR_LAY_EN.pdf
 6 https://www.ilo.org/sites/default/files/2024-10/Profits%20and%20poverty%20-%20The%20economics%20of%20forced%20labour_WEB_20241017.pdf
 7 <https://www.antislavery.org/latest/european-parliament-signs-off-broad-law-to-prevent-the-trade-of-goods-made-with-forced-labour/>
 8 <https://www.akeuropa.eu/en/fight-against-forced-labour-labour-rights-activist-chandan-kumar-india-visits-brussels>

Herausgeber

PowerShift e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
<https://power-shift.de>

Berlin, November 2025
© PowerShift e. V.

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL
mit Mitteln des



Mit freundlicher Unterstützung:

